

## **Stellungnahme zur „2. Änderung der Gestaltungssatzung Innenstadt“ (TOP 5)**

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
Sehr geehrte Damen und Herren,**

es war ein langer Prozess bis zum heutigen Tag, an dem uns der Beschlussvorschlag für die neue Gestaltungssatzung nun vorliegt. Tatsächlich sind ja durchaus gute Dinge darin enthalten, wie beispielsweise die Einführung eines Gestaltungsbeirates, um nur einen Punkt zu nennen, aber wird, was lange währt auch wirklich komplett gut?

Auch wenn der Prozess von allen Fraktionen, einschließlich der unseren, in der Amtszeit des letzten Rates begleitet wurde, so sollte es nicht nur für uns GRÜNE höchste Priorität haben, stets alles auf den Prüfstand zu stellen und auf die Bevölkerung zu hören. Denn inzwischen wissen wir, dass wir nicht nur eine Klimakrise haben, sondern dass wir einen dramatischen Klimanotstand erleben, dessen Auswirkungen überall immer heftiger spürbar werden, auch bei uns. So reicht schon ein Gang durch den Schlossgarten völlig aus, um dies zu begreifen. Die Bevölkerung fordert zu Recht mehr Klimaschutz und nicht ohne Grund hat unsere Stadt inzwischen eine auf grüne Initiative rückführbare Klimaschutzstelle und ein integriertes Klimaschutzkonzept. Die aktuelle Klimakrise besitzt ein nie dagewesenes Ausmaß. Auch das Stadtklima wird zusehends schlechter. Da können und dürfen wir alle nicht tatenlos zusehen, sondern müssen handeln. Jetzt.

Deshalb fordern wir GRÜNE aufgrund der aktuellen Situation mit Nachdruck eine Ergänzung der vorliegenden Gestaltungssatzung zum nächstmöglichen Zeitpunkt. Solaranlagen müssen auf jedem Dach zulässig sein, denn die vorliegende Satzung schließt dies in einer ganzen Reihe von Bereichen aus und verhindert so, dass betroffene Hauseigentümer, deren Dachflächen zur Straßenseite hin ausgerichtet sind, dort erneuerbarer Energie erzeugen können. Verbote dieser Art sind nicht mehr zeitgemäß und gehören daher geändert, so wie in anderen Städten schon geschehen, die ebenfalls sogenannte historische Innenstädte besitzen und die Zeichen der Zeit erkannt und als Konsequenz daraus neue Prioritäten und damit ein starkes Zeichen für erneuerbare Energien und Klimaschutz gesetzt haben.

Ebenfalls ergänzt werden sollte ein Passus, der sogenannte „Steingärten“ untersagt, vor allem, wenn damit eine Bodenversiegelung verbunden ist, denn auch dieses Thema bewegt zu Recht die Bevölkerung, die unter der Verschlechterung des Stadtklimas zu leiden hat. Besonders in unseren Zeiten eines Insektensterbens geradezu biblischen Ausmaßes sollte dabei ebenfalls eine Bepflanzung der Vorgärten erfolgen um auch hier entgegen zu wirken.

Eine Stadt wie Schwetzingen, die schon auf dem richtigen Weg ist, weil sie sich dem Klimaschutz verschrieben hat, hat damit den ersten Schritt gemacht. Sollte dieses Engagement wirklich ernst gemeint sein, müssen wir auch hinsichtlich unserer Bebauungsvorschriften zweite und dritte Schritte wie die oben genannten machen.

Auch fordern wir die Verwaltung auf, beim zukünftigen Verkauf von städtischen Flächen und beim Abschluss städtebaulicher Verträge die Installation von PV-Dachanlagen verpflichtend mit aufzunehmen, so wie es beispielsweise in Tübingen schon erfolgreich praktiziert wird. Hierzu werden wir ebenfalls zeitnah einen entsprechenden Antrag stellen.

Aufgrund des langen Prozesses der Erarbeitung der vorliegenden Änderung der Gestaltungssatzung und deren Dringlichkeit, werden wir uns daher dieser nicht entgegenstellen, aber die beiden oben genannten Ergänzungen zum nächstmöglichen Zeitpunkt beantragen, da sie absolut notwendig sind.

Die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN nimmt die Beschlussvorlage zur Kenntnis und enthält sich geschlossen.

Für die Fraktion erstellt von  
Marco Montalbano  
Fraktionssprecher